

Bildungsnetz Heerstraße Nord
AK Oberschule /Arbeitstreffen

09. Juli 2012, 16 – 17.30 Uhr, Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.

Ergebnisprotokoll

Teilnehmer/innen:

Cord Hasselblatt, Ev. Kirchengemeinde zu Staaken

Alexander Barunke, JZ Steig

Alexander Sterzl, Contract, GWV Heerstraße Nord e.V., + Praktikantin

Nakissa Imani Zabet, QM Heerstraße Nord, GWV Heerstraße Nord e.V.

Elmas Wieczorek, GSJ, FiB Spandau (GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH, Familie in Bewegung)

Viola Scholz-Thiess, GWV Heerstraße Nord e.V.

Thomas Büttner, Büttner & Partner, Projekt „Bildungsnetz Heerstraße Nord“

Entschuldigt:

Monika Weigand

Anlass / Ziel des Treffens:

Im Rahmen der 2. Bildungsnetzkonferenz am 12. Juni 2012 wurden in Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen erarbeitet. Die Arbeitsgruppe – AK Oberschule – hatte unter anderem ein Ergebnisblatt zum Maßnahmenvorschlag „Fachveranstaltung Inklusion“ erarbeitet (siehe Anlage 1) und sich zu einem Folgetreffen am 09.07. verabredet.

Wichtigste Ergebnisse

Austausch

- In der Arbeitsgruppe anlässlich der 2. Bildungsnetzkonferenz wurden noch neben der Maßnahme „Fachtag Inklusion“ noch weitere Ergebnisse generiert, z.B. Was gehört zu einer guten Schule?
→ wäre gut, diese noch zu dokumentieren, um evtl. weitere Maßnahmen angehen zu können!
- Ein weiterer Vorschlag, der in verschiedenen Kontexten besprochen wurde, ist: eine Veranstaltung mit allen Akteuren im Stadtteil zu machen, um für alle einmal festzuhalten, was alles gut im Stadtteil läuft.
→ das wird gesondert mit dem QM besprochen.
- Was heißt Inklusion?
 - Selbstbestimmt leben. Gleichstellung. Empowerment, um dies zu können (Definitionen – siehe Anlage 2!).
 - Zu unterscheiden ist: integrativ und inklusiv arbeiten (A. Sterzl); die mit „wirklicher“ Behinderung sind nicht an regulären sondern an Sonderschulen.
 - Sensibilisierung notwendig: Wie werden Menschen mit Behinderung gesehen? Wo und wie bewegen sich bestimmte Gruppen mit und ohne Behinderung, Jugendliche, Familien, Mütter mit Kindern etc.
 - Was ist Barrierefreiheit? Wie und wo ist diese für welche Gruppen notwendig bzw. umsetzbar?
- Stand in Berlin (Quelle: Inklusion auf dem Prüfstand, Der Tagesspiegel, 24.04.2012)
Schularten: In Berlin können die Eltern von behinderten Kindern entscheiden, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt besuchen soll. Es ist auch möglich, zwischen den Schularten zu wechseln. Rund 45 Prozent der Kinder mit Förderbedarf werden zusammen mit Kindern ohne Behinderung unterrichtet.
Förderschwerpunkte: 7,6 Prozent aller Berliner Schülerinnen und Schüler in Klasse 1 bis 10 haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Dabei machen Lernbehinderungen, Störungen in der emotional-sozialen Entwicklung und Sprachbehinderungen den weitaus größten Anteil aus. Andere Förderschwerpunkte sind etwa Geistige Entwicklung, Sehen, Hören, Körperbehinderung.
Reform: Ex-Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) wollte die Förderschulen schrittweise auflösen und mehr behinderte Schüler in Regelschulen unterbringen. Die neue Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) entschied im Februar, das Konzept noch einmal zu überarbeiten. Seitdem habe es „zaghafte Gespräche“ gegeben, hieß es beim Landeselternausschuss.

- Hr. Hasselblatt berichtet von einer im August startenden „inklusive“ Konfirmantengruppe. Er verweist auf den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf, der sich dem Thema Inklusion konzertiert annimmt (INKA): Projekt »INKA – Inklusive Schulen auf dem Weg« hat zum Schuljahresbeginn 2009/2010 in Marzahn-Hellersdorf mit sechs Grundschulen begonnen (mehr zum Modellprojekt INKA siehe Anlage 3 und unter folgendem Link: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/inklusion/tagung_2012/INKA_Marzahn-Hellersdorf_Vortrag.pdf mit Informationen zum Nachfolgeprojekt INKA 2).
Er berichtet, dass die Gemeinde in Karow einen eigenen Integrationsbeauftragten (Inklusion ...) hat. Wir wollen Hr. Ozdoba mit einbinden in den AK; Hr. Ozdoba spricht von 30-jähriger Erfahrung mit Inklusion an seiner Schule; aktuell gibt es auch eine Inklusionsklasse.

Zur Planung / Vorbereitung der Fachveranstaltung:

- Wir sollten Fachexpertise einholen; Frau Wiczorek hat Kontakte zur FH Potsdam; alle anderen machen sich auch schlau.
- Wir brauchen Gute-Praxis-Beispiele wie z.B. Fläming-Grundschule in Schöneberg, Paul-Moor-Schule (sonderpädagogische Förderschule, 1. – 10. Klasse, Adamstr.); auch Aktion Mensch checken (hat Förderprogramm Inklusion mit neuen Projektideen)
- Elemente des Fachtages: Inputreferat (auch Definition von Inklusion), Praxisbeispiele, Austausch (Arbeitsgruppen)
- Zuvor: Ist-Zustand erheben im Stadtteil – wie ist der Stand der Inklusionsmaßnahmen in den Einrichtungen? Vorschlag: Erhebung via kurzem Online-Bogen. Hr. Büttner macht einen Vorschlag; stimmt diesen mit den TN des AK Oberschule ab. Die Ergebnisse könnten auch zu Beginn der Fachveranstaltung („Kiezbericht zu Inklusion“: Was gibt es? Wo hakt es?) vorgestellt werden.
- Wen sollten wir noch einbinden? Frau Graf vom sonderpädagogischem Zentrum (machen schulpyschologische Tests). Frau Weigand fragen, wen noch.
- Format: 1 Tag, etwa von 9 bis 16 Uhr.
- Termin dringend schnellstmöglich mit Schulen im Vorfeld abstimmen: Terminvorschläge sind 13. oder 14.11.2012 / 20. oder 21.11.2012 / 12. oder 13.02.2012 (Hr. Büttner kontaktiert die Schulen)
- Welche weiteren Schulen evtl. noch informieren? Schule Staakener Kleeblatt, Bertold-Brecht-Schule, Haveldüne, die internationale Schule in der Heerstr., die „türkische“ Schule: TüdesB e.V. (→ mit QM klären!)
- Finanzierung: evtl. zusätzliche Mittel notwendig (z.B. Honorar für Fachreferenten): Frau Weigand, Herr Scherer fragen / Aktion Mensch checken (auch nach Referenten fragen).

Merkposten „Begehung im Sozialraum“ (weiteres Ergebnis aus der 2. Bildungsnetzkonferenz)

Ulrich Deinet, Methodenkoffer, Stadtteil-/ Sozialraumbegehungen mit Kindern und Jugendlichen.

Weiteres Vorgehen / To Do's

- Jede/r „sucht“ gute Referenten und Praxisbeispiele zum Thema.
- Erhebung des Ist-Zustands zu Inklusion im Stadtteil (Hr. Büttner in Abstimmung mit AK).
- Nächstes Treffen der AK Oberschule am 27. August, 2012, 16 Uhr, im Gemeinwesenverein.

Protokoll erstellt von Hr. Büttner, 16.07.2012

Anlage 1: **Ergebnis der Gruppenarbeit / 2. Bildungsnetzkonferenz am 12.06.2012**

AK Oberschule: Maßnahmenvorschlag Fachveranstaltung zum Thema „Inklusion“

Arbeitsgruppe (Alterszielgruppe):

Schülerinnen, Jugendliche 11, 12 – 18 Jahre + Eltern

Kurzbeschreibung:

- Veranstaltung mit Fachbeiträgen, Informationen von Praktikern und der aktiven Beteiligung der Teilnehmer/innen.
- Zugewinn an Informationen, Erfahrungsaustausch, praktische Ideen

Ziele der Maßnahme:

- Austausch von Erfahrungen zwischen Akteuren verschiedener Institutionen
- Ermutigen, inklusiv zu arbeiten

Zielgruppe(n): Wer soll von der Maßnahme in erster Linie angesprochen werden?

- Lehrkräfte, Mitarbeiter/innen von Einrichtungen im Stadtteil
- Eltern, Bezirksamt-, Jugendamt-Mitarbeiter/innen (Eingliederungshilfe etc.)
- Betroffene

Beteiligte Einrichtungen / Partner / Personen:

- Hr. Gockel, Fördererverein / Prof. ... / UAG Jugend – Schule
- evtl. Aktion Mensch / evtl. Fläminggrundschule Schöneberg als Beispiel / evtl. engagierte Betroffene

Welche Ressourcen werden gebraucht (Infrastruktur, Material, Finanzen etc.)?

Veranstaltungsort (+ Infrastruktur: Pinnwände, Papier etc.), diverses Werbematerial (Einladungen, Flyer, Plakate)

Was kann das Projekt „Bildungsnetz Heerstraße Nord“ möglicherweise beitragen?

Organisation der Veranstaltung, Moderation, „Hut auf“ – wo die Fäden zusammenlaufen

Gegebenenfalls: Wer zeichnet sich verantwortlich für diese Maßnahme? Wer möchte mit aktiv werden?

Gruppe beteiligt sich

1. Treffen des Arbeitskreises:

Montag, 09.07.2012, 16 Uhr, Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V., Thema: „Inklusion“, Fachveranstaltung, weiteres Vorgehen

TN der Gruppe:

- Cord Hasselblatt, Ev. Kirchengemeinde zu Staaken
- Alexander Barunke, JZ Steig
- Alexander Sterzl, Contract, GWV Heerstraße Nord e.V.
- Nakissa Imani Zabet, QM Heerstraße Nord, GWV Heerstraße Nord e.V.
- Maja Galicki, Koordination Schule – Jugendhilfe Spandau
- Elmas Wiczorek, GSJ, FiB Spandau (GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH, Familie in Bewegung)
- Viola Scholz-Thiess, GWV Heerstraße Nord e.V.

Anlage 2:

Inklusion (Soziologie)

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die Forderung nach Sozialer Inklusion ist verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen. Unterschiede und Abweichungen werden im Rahmen der sozialen Inklusion bewusst wahrgenommen, aber in ihrer Bedeutung eingeschränkt oder gar aufgehoben. Ihr Vorhandensein wird von der Gesellschaft weder in Frage gestellt noch als Besonderheit gesehen. Das Recht zur Teilhabe wird sozialetisch begründet und bezieht sich auf sämtliche Lebensbereiche, in denen sich alle barrierefrei bewegen können sollen.

Inklusion beschreibt dabei die Gleichwertigkeit eines Individuums, ohne dass dabei Normalität vorausgesetzt wird. Normal ist vielmehr die Vielfalt, das Vorhandensein von Unterschieden. Die einzelne Person ist nicht mehr gezwungen, nicht erreichbare Normen zu erfüllen, vielmehr ist es die Gesellschaft, die Strukturen schafft, in denen sich Personen mit Besonderheiten einbringen und auf die ihnen eigene Art wertvolle Leistungen erbringen können. Ein Beispiel für Barrierefreiheit ist, jedes Gebäude rollstuhlgerecht zu gestalten. Aber auch Barrieren im übertragenen Sinn können abgebaut werden, beispielsweise indem ein sehbehinderter Mensch als Telefonist oder als Sänger arbeitet

Inklusion (Pädagogik)

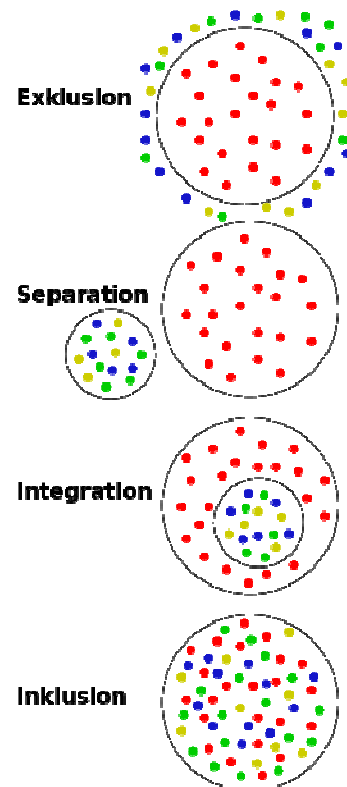
aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Inklusive Pädagogik ist ein [pädagogischer Ansatz](#), dessen wesentliches Prinzip die [Wertschätzung](#) der Diversität (Vielfalt) in der [Bildung](#) und [Erziehung](#) ist. Der Begriff leitet sich ab vom lateinischen [Verb includere](#): *beinhalten, einschließen, einsperren, umzingeln*.^[1]

Befürworter der Inklusion betrachten [Heterogenität](#) als normale, reguläre Gegebenheit.^[2] Erhebungen zeigen, dass Heterogenität auch statistisch eine Realität ist: so hat z. B. mittlerweile jedes dritte [Grundschul](#)-Kind in Deutschland einen [Migrationshintergrund](#).^[3]

Inklusive Pädagogik ist damit ein Gegenmodell zur [Exklusion](#) mit deren Ziel der Findung und Bildung [homogener](#) bzw. homodoxer^[4] [Lerngruppen](#) mit einer [separierenden](#), [segregierenden](#), [stigmatisierenden](#) sowie [selektierenden](#) Pädagogik.

Mit Thesen wie *Es ist normal, verschieden zu sein*, *Vielfalt macht stark* oder *Jedes Kind ist besonders* bzw. *Alle sind behindert* geht sie über den in der in diesem Zusammenhang häufig zitierten [UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) gebrauchten Begriff der Inklusion weiter hinaus und wird als Aufgabe mit Folgen für die gesamte Gesellschaft gesehen (siehe auch [Inklusion \(Soziologie\)](#)).



Schema der Entwicklungsstufen schulischer Integration

Anlage 3:

INKA – Inklusive Schulen auf dem Weg

Modellprojekt zur Inklusion

von Helmut Meschenmoser, wissenschaftliche Begleitung von INKA

Seit Jahresanfang ist die UN-Konvention für Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland gültiges nationales Recht. Die GEW hat dazu ein staatsrechtliches Gutachten veröffentlicht (siehe Kasten mit Links). Die KMK wird einen Masterplan zur Anpassung des Bildungssystems vorlegen und alle zwei Jahre Bericht erstatten. Das Sonderschulwesen muss reduziert und die frei werdenden Ressourcen sollen zu einem weiteren Ausbau des gemeinsamen Unterrichts verwendet werden. Der Prozess der Verbesserung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen wird schließlich kontinuierlich von internationalen Beobachtern überprüft.

In Berlin liegen verschiedene Ansätze zur Realisierung der UN-Konvention vor. Das Projekt »INKA – Inklusive Schulen auf dem Weg« hat zum Schuljahresbeginn in Marzahn-Hellersdorf mit sechs Grundschulen begonnen. Die Projektarchitektur von INKA könnte auch für andere regionale Projekte in Berlin Impulse geben.

Sonderschulzuweisung über den Wohnort

In Berlin haben derzeit knapp über 6 Prozent aller SchülerInnen einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Zwei Drittel dieser Kinder im Grundschulalter werden zwar im gemeinsamen Unterricht an Grundschulen beschult. Die berlinweiten statistischen Werte täuschen jedoch über erhebliche Disparitäten zwischen den Verwaltungsbezirken. Ein Vergleich zwischen den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Spandau veranschaulicht dies. So wird in Marzahn-Hellersdorf wie auch in den anderen Regionen des ehemaligen Ostteils von Berlin deutlich mehr Kindern sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben und diese schon mit der Einschulung an Sonderschulen ausgesondert. Aus einem kontinuierlichen Anstieg resultiert in Marzahn-Hellersdorf ein extrem hoher Anteil von nahezu 13 Prozent; jedes achte Schulkind hat dort einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Rund 80 Prozent dieser Kinder werden in Sonderschulen unterrichtet. Im Vergleich zum Bezirk Spandau ergibt sich ein Faktor 5, es werden also in Marzahn-Hellersdorf fünfmal so viele Kinder an Sonderschulen überwiesen. Das heißt auch, dass unter Umständen bei einem Zuzug nach Berlin Kinder mit vergleichbaren Lernständen in Spandau relativ unauffällig einen Schulabschluss in einer allgemeinen Schule erlangen, während sie in Marzahn-Hellersdorf in einem Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Lernen beschult werden. Mit dieser Diskriminierung ist zugleich eine deutliche Beeinträchtigung der Chancengleichheit verbunden, die letztendlich auch mit Blick auf die UN-Konvention dringender Abhilfe bedarf.

Das Prinzip von INKA

Mit dem Berliner Schulgesetz von 2004 hat jede Grundschule für die Schuleingangsphase unter anderem sonderpädagogische Ressourcen erhalten, für die im Gegenzug keine SchülerInnen mehr mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen und im emotional-sozialen Bereich an Sonderschulen überwiesen werden. INKA geht darüber hinaus. In der Region Hellersdorf-Nord läuft nunmehr im Rahmen von INKA eine Sonderschule aus und freiwerdende personelle Ressourcen werden sukzessive den Grundschulen im Einzugsbereich der Sonderschule in den kommenden Jahren zugewiesen. Mit Schuljahresbeginn 09/10 erhalten also die INKA-Grundschulen aufbauend auf die Schuleingangsphase für die dritten Jahrgänge zusätzlich sonderpädagogische Ressourcen, in den darauf folgenden Schuljahren wächst das Projekt in die höheren Jahrgänge und die Sonderschule wird vollständig aufgelöst. Die INKA-Schulen verzichten dafür auf Feststellungsverfahren sowie auf eine Aussonderung in Förderzentren. Dies geschieht in Anlehnung an das »Bremer Modell«, wie es im Gutachten von Klemm/Preuss-Lausitz 2008 für das Land Bremen modelliert wurde (siehe Kasten).

Die Strukturelemente von INKA

Über das »Bremer Modell« hinaus bedarf es einer spezifischen Projektarchitektur, die auf eine systematische Regionalentwicklung zielt. So geht es bei INKA einerseits um die Entwicklung der Förderfähigkeit der allgemeinen Schulen, andererseits um die Vernetzung regionaler Dienste der Jugendhilfe, Gesundheit und im Bildungsbereich. Die Projektschulen sind also auf dem Weg zu inklusiven Schulen, einem längerfristig angelegten Vorhaben, das auch von vielen Bedingungen beeinflusst wird, die nicht allein in der Hand der beteiligten KollegInnen liegen. Mit Unterstützung des Stadtrats für Bildung, Finanzen und Sport, Stefan Komoß, wird in jeder Schule eine INKA-Werkstatt eingerichtet, die alle Bestrebungen zur Individualisierung bündelt. Betreut wird die INKA-Werkstatt durch INKA-PädagogInnen, die den Schulen mit Schuljahresbeginn zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Koordination der INKA-Modellregion wurde zwei Sonderpädagoginnen anvertraut, die über umfassende Erfahrungen in der Kooperation von Schule und Jugendhilfe verfügen. Diese

INKA-Regionalkoordinatorinnen unterstützen unter anderem das Fallmanagement und moderieren den regionalen Austausch im INKA-Plenum und in der INKA-Regionalkonferenz.

Zweifellos ist für das Gelingen von INKA die Personalentwicklung von großer Bedeutung. Deshalb sind zwei Kolleginnen des regionalen Fortbildungszentrums als »INKA-Moderatorinnen für Fortbildungen« tätig. Sie unterstützen einerseits die schulinterne Fortbildung an den Projektstandorten, andererseits beraten sie zu Fragen der individuellen Fortbildung der INKA-Pädagoginnen. Schließlich wird INKA wissenschaftlich begleitet. Derzeit wird in der Modellregion die Ausgangslage ermittelt und in jeder Schule die erste Phase der Projektentwicklung für einen ersten Projektbericht skizziert.

Links zur Inklusion

Pfadfinder zur Inklusion in der GEW www.gew.de/Inklusion_3.htm

Gutachten "Recht auf Bildung" von Poscher/Langer/Rux 2008

www.gew.de/Binaries/Binary39785/Recht%20auf%20Bildung%20MTS_011208.pdf

Gutachten zum Stand und Perspektiven Soderpädagogischer Förderung in Bremen von Klemm/Preuss-Lausitz (2008) www.bildung.bremen.de/fast-media/13/Bremen%20Wv%20End%201-11%20End.pdf

Zeitschrift für Inklusion www.inklusion-online.net

INKA-Homepage www.wir-in-Berlin.de/INKA

INKA 2: <http://bildungsserver.berlin->

brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/inklusion/tagung_2012/INKA_Marzahn-Hellersdorf_Vortrag.pdf